

FlüchtlingsRAT NRWe.V.

Newsletter **April 2016**

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt haben eines deutlich gezeigt: Es gibt auch in Deutschland ein erschreckendes flüchtlings- und fremdenfeindliches Potenzial, das von rechten Populistinnen aufgegriffen und genutzt wird. Und obwohl eine mögliche Regierungsbeteiligung der so genannten Alternative für Deutschland momentan noch in weiter Ferne liegt, bleiben ihre Wahlerfolge und starken Umfragewerte nicht wirkungslos: Wenn man sich die Flüchtlingspolitik der regierenden Parteien in den letzten Monaten anschaut, könnte man den Eindruck gewinnen, dass die Rechtspopulistinnen bereits mit am Kabinetttisch sitzen. Und auch in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sieht es nicht besser aus. Erst Mitte März beschloss die EU einen flüchtlingspolitischen Deal mit der Türkei, bei dessen Aushandlung Menschenrechte und internationales Recht offenkundig keine große Rolle gespielt haben. Auch von der linken Regierung Griechenlands, das aufgrund seiner geografischen Lage eine Schlüsselrolle in der europäischen Flüchtlingsfrage einnimmt, gab es keinen erkennbaren Widerstand. Stattdessen haben griechische Behörden Mitte März damit begonnen, neu eintreffende Flüchtlinge in abgeriegelten Lagern zu internieren. Die ersten Massenabschiebungen in die Türkei folgten bereits Anfang April.*

Wenn Ihr unseren Newsletter nicht mehr erhalten möchtet, schreibt einfach eine E-Mail an die Adresse [initiativen\(at\)fnnrw.de](mailto:initiativen(at)fnnrw.de).

Zentrale Landeserstaufnahmeeinrichtung kommt nach Bochum

Das Land NRW will im Sommer eine zentrale Landeserstaufnahmeeinrichtung in Bochum eröffnen. Dort sollen alle Asylsuchenden, die über die so genannten NRW-Drehscheiben in Nordrhein-Westfalen ankommen, registriert werden. Nach wenigen Stunden werden sie von Bochum aus auf verschiedene Aufnahmeeinrichtungen verteilt. Die Bezirksregierung Arnsberg bezeichnete die geplante Eröffnung einer zentralen Landeserstaufnahmeeinrichtung als einen „entscheidenden Schritt, um die Registrierung und Aufnahme von Flüchtlingen in NRW effektiver zu gestalten“. Entscheidungswege würden verkürzt und notwendige Registrierungsprozesse zentralisiert. Dadurch könnte die Identität aller in NRW eintreffenden Flüchtlinge schnell und ohne Umwege mit der bundesweit verfügbaren Flüchtlingsdatenbank abgeglichen und mögliche Mehrfachregistrierungen vermieden werden. Auch eine erste medizinische Voruntersuchung, bei der die Reisefähigkeit der Flüchtlinge überprüft wird, sei im Verlauf dieses Verfahrens vorgesehen. Darüber hinaus ermögliche

die zentrale Landeserstaufnahmeeinrichtung für ganz Nordrhein-Westfalen eine zielgerichtete Steuerung der Flüchtlinge und damit eine gleichmäßige Auslastung der Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes.

Einrichtung einer zentralen NRW-Landeserstaufnahmeeinrichtung in Bochum

Bochumer Flüchtlinge treten in Hungerstreik

Mit einem Zeltlager vor dem Rathaus haben Bochumer Flüchtlinge seit Ende März gegen lange Wartezeiten im Asylverfahren und schlechte Bedingungen in den Flüchtlingsunterkünften protestiert. Rund 25 Aktivistinnen traten zwischenzeitlich in einen mehrtägigen Hungerstreik. Mit ihrer Aktion wollten die Protestierenden erreichen, dass das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ihre Asylanträge bearbeitet und sie eigene Wohnungen beziehen können. Bochums Oberbürgermeister Thomas Eiskirch zeigte Verständnis für das Anliegen der Asylsuchenden. Bei einem Treffen zwischen dem Stadtoberhaupt und Vertreterinnen des Bundesamts Anfang April wurde vereinbart, dass die Asylanträge von 200 Bochumer Flüchtlingen, die schon seit längerer Zeit auf ihre Erstregistrierung warten, noch in diesem Monat entgegengenommen werden sollen. Nach einem Gespräch zwischen den Aktivistinnen und der Stadtverwaltung folgten weitere konkrete Zusagen. So wird Ende Mai eine neue Außenstelle des Bundesamts ihre Arbeit in Bochum aufnehmen und für eine schnellere Bearbeitung von Asylanträgen sorgen. Das Angebot an Sprach- und Integrationskursen soll erweitert werden. Zur Forderung, die Flüchtlinge in regulären Wohnungen unterzubringen, sollen in den nächsten Tagen weitere Gespräche geführt werden. Nach diesen Ankündigungen erklärten die Flüchtlingsaktivistinnen am 7. April, ihren Protest vorerst zu beenden. Die Stadt Bochum habe „in zentralen Punkten Zusagen gemacht“, die auf tatsächliche Verbesserungen hoffen ließen.

Erklärung der Geflüchteten des Protestcamps vor dem Rathaus (07.04.2016)

AfD-Wahlerfolg offenbart flüchtlingsfeindliche Stimmung

Gleich in drei Bundesländern hatten die Bürgerinnen am 13. März die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben und einen neuen Landtag zu wählen. Bereits im Vorfeld hatten viele Beobachterinnen vor einem starken Abschneiden der rechtspopulistischen „Alternative für Deutschland“ gewarnt. Die tatsächlichen Ergebnisse haben die Befürchtungen allerdings noch einmal übertroffen. In Sachsen-Anhalt wurde die AfD mit 24,2 Prozent zweitstärkste Kraft nach der CDU, die knapp 30 Prozent der Stimmen holte. In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz landete die rechte Partei mit 15,1 beziehungsweise 12,6 Prozent auf Platz drei. Bereits eine Woche zuvor hatten in Hessen Kommunalwahlen stattgefunden, auch hier wurde die AfD drittstärkste Kraft.

Die Ergebnisse seien „ein Schlag für alle, die sich in Deutschland politisch für Flüchtlinge und eine tolerante Gesellschaft einsetzen“, erklärte der Flüchtlingsrat NRW in einer ersten Reaktion auf den Wahlerfolg der AfD. „Die AfD hat insbesondere das Thema Flüchtlingspolitik in ihrem Wahlkampf besetzt, um damit Stimmen einzufangen. Dabei zeigte sich eine von Unkenntnis und Rassismus geprägte Position, die teilweise offen menschenverachtend ist. Dass solche Positionen in

Deutschland wieder anschlussfähig geworden sind, muss als gefährlich und alarmierend bewertet werden“, so Birgit Naujoks, Geschäftsführerin des Flüchtlingsrats NRW. Es müsse verhindert werden, dass auch in NRW rechte Gruppierungen und Parteien erstarken. Die Flüchtlingshilfe müsse politischer werden, um deutliche Zeichen gegen die zunehmende Fremdenfeindlichkeit zu setzen.

Flüchtlingsrat NRW e.V. fordert Einsatz für Flüchtlinge – jetzt erst recht!

Asylrechtsverschärfungen treffen auch Kinder und Jugendliche

Die „Die Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW“ hat in einer aktuellen Stellungnahme auf die Konsequenzen der jüngsten Asylrechtsverschärfung für Kinder und Jugendliche aufmerksam gemacht. Vor allem die Residenzpflicht und die Verpflichtung, in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes zu wohnen, würden die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben massiv erschweren. Besonders nach traumatisierenden Fluchterfahrungen sei das Recht auf Spiel, Erholung und Freizeitbeschäftigung aber wichtiger denn je. Die Aktionsgemeinschaft fordert daher, die Residenzpflicht für alle jungen Geflüchteten zu lockern. Angebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche müssten auch außerhalb der Unterkünfte und des ihnen zugewiesenen Aufenthaltsbereiches möglich sein und dürften nicht am Aufenthaltsstatus scheitern.

Junge Geflüchtete haben ein Recht auf Freizeit, Erholung und Bildung!

Europas Flüchtlingspolitik in der Kritik

Mitte März haben sich die Mitgliedsländer der Europäischen Union mit der türkischen Regierung auf ein gemeinsames Vorgehen in der Flüchtlingsfrage geeinigt. Das Abkommen, das am 20. März in Kraft getreten ist, sieht im Kern vor, dass Flüchtlinge, die über die Türkei in die EU einreisen, wieder dorthin zurückgebracht werden sollen. Im Gegenzug zahlen die EU-Länder Milliardenbeträge für die Versorgung der Flüchtlinge in der Türkei und wollen für jede Abgeschobene einen syrischen Flüchtling aus den türkischen Flüchtlingslagern aufnehmen. Bereits kurz nach der Unterzeichnung dieses Deals haben griechische Behörden damit begonnen, neu eintreffende Flüchtlinge in abgeriegelten Lagern festzusetzen und ihre Abschiebung in die Türkei vorzubereiten. Anfang April wurden die ersten Flüchtlinge zurückgeschickt.

Menschenrechtsgruppen und andere Organisationen zeigten sich besorgt über das Vorgehen der europäischen Staatengemeinde. Nach Recherchen von Amnesty International hat die Türkei ihrerseits in den letzten Wochen hunderte Flüchtlinge in das Bürgerkriegsland Syrien abgeschoben und damit gegen internationales Recht verstoßen. Die EU könne Schutzsuchende daher nicht bedenkenlos in die Türkei abschieben. PRO ASYL bezeichnete das Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Türkei als „Schande für Europa“. Das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen und die Organisation Ärzte ohne Grenzen stellten ihre Arbeit in den griechischen Abschiebelagern aus Protest gegen die massenhaften Inhaftierungen und Abschiebungen von Flüchtlingen ein.

PRO ASYL: Abschiebungen und Haftlager (24.03.2016)

Amnesty International: Türkei schiebt massenhaft syrische Flüchtlinge ab (01.04.2016)

Süddeutsche Zeitung: So soll das Tauschgeschäft mit den Flüchtlingen funktionieren (02.04.2016)

Termine

09.04.2016: Integrationskonferenz der SPD-Fraktion im Landtag NRW. 11.30 Uhr, Landtag NRW, Platz des Landtags 1, Düsseldorf.

Anmeldung und weitere Informationen unter www.spd-fraktion-nrw.de

13.04.2016: Fortbildung „Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt! – Alle Potenziale in den Blick nehmen“.

Weitere Informationen unter www.amiando.com

29.-30.04.2016: Tagung „Mit Dir erstürme ich Mauern – Herausforderung Flucht und Migration“.

Wichernhaus, Marktstiege 9, Mönchengladbach

Weitere Informationen unter www.philippus-akademie.de

12.05.2016: Vortrag „Fluchtursachen und wirtschaftliche Zwänge für die Länder des Südens“. 19.30 Uhr, Volkshochschule, Platz der Deutschen Einheit 1, Hamm.

Weitere Informationen unter www.fuge-hamm.org

09.06.2016: Interview-Abend über Erfahrungsgeschichten mit Flüchtlingen. 19.30 Uhr, Volkshochschule, Platz der Deutschen Einheit 1, Hamm.

Weitere Informationen unter www.fuge-hamm.org

Weitere Terminhinweise, flüchtlingspolitische Nachrichten und Informationen über unsere Arbeit findet Ihr auf unserer Homepage www.fnrw.de und auf unserer Facebook-Seite <http://www.facebook.com/FluechtlingsratNRW>.

* Der Vorstand des Flüchtlingsrats NRW hat beschlossen, künftig in allen Publikationen des Vereins das generische Femininum zu verwenden. Das bedeutet, dass wir in Fällen, in denen das biologische Geschlecht der bezeichneten Personen oder Personengruppen nicht feststeht oder keine für das Verständnis der Aussage relevante Bedeutung hat, ausschließlich die weibliche Bezeichnung verwenden.

Flüchtlingsrat NRW e.V. – Wittener Straße 201 – 44803 Bochum

www.fnrw.de

V.i.S.d.P.: Birgit Naujoks, c/o Flüchtlingsrat NRW e.V., Wittener Straße 201, 44803 Bochum